



Samstag, 26. September 2026, 15:57 Uhr
~16 Minuten Lesezeit

Aufwärmen für das Feuer

Europa rüstet sich für den Krieg — und wer rüstet sich für den Frieden?

von Uwe Froschauer

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Tomas Ragina, New Africa, Tetiana Chernykova)

*Deutschland bereitet seine Krankenhäuser auf bis zu
1.000 verwundete Soldaten am Tag vor. Die deutsche*

und amerikanische Rüstungsindustrie soll enger verzahnt werden. Milliarden fließen in Raketen und Drohnen für die Ukraine. NATO-Kampffjets schießen Drohnen über Litauen ab. Bundeskanzler Friedrich Merz spricht davon, Russland führe Krieg gegen „die Ukraine und den Westen“. Was ist eigentlich los in Europa?

Wenn man die politischen Verlautbarungen der vergangenen Wochen verfolgt, gewinnt man den Eindruck, ein Krieg zwischen Russland und der NATO stehe unmittelbar vor der Tür. Aufrüstung, Abschreckung, Drohnenabwehr, Sanktionen, Kriegstüchtigkeit, Schutz kritischer Infrastruktur — das Vokabular hat sich verändert. Der Krieg wird nicht mehr nur als Möglichkeit beschrieben. Europa bereitet sich zunehmend konkret darauf vor.

Ich frage mich: Sind die denn alle wahnsinnig geworden?

Wo sind die großen diplomatischen Initiativen? Wo sind die europäischen Politiker, die nach Moskau fahren, reden, zuhören, verhandeln und nach einem Ausweg suchen? Wo sind die Milliardenprogramme für Frieden und Verständigung?

Ich sehe sie nicht.

Stattdessen läuft die Kriegsmaschinerie auf Hochtouren.

**Krankenhäuser für 1.000 Verwundete
am Tag**

Wie weit diese Entwicklung inzwischen reicht, zeigt ein Bericht über die Vorbereitung des deutschen Gesundheitswesens auf einen möglichen Krieg. Dabei handelt es sich keineswegs um ein Gerücht. Die Bundeswehr selbst berichtete bereits im Mai 2026 über Beratungen zur „Gesundheitsversorgung im Krisen- und Verteidigungsfall“. Auf der Tagesordnung standen unter anderem „die Versorgung von 1.000 Verwundeten pro Tag“, sichere Arzneimittellieferketten und zivil-militärische Strukturen. (1)

Bloomberg griff diese Planungen Mitte September erneut auf. Die fünf Bundeswehrkrankenhäuser könnten ein solches Szenario nicht allein bewältigen. Zivile Krankenhäuser müssten einspringen.

1.000 Kriegsverwundete. Jeden Tag.

Natürlich gehört es zu den Aufgaben eines Staates, für Katastrophen und militärische Ernstfälle Vorsorge zu treffen. Dagegen ist zunächst nichts einzuwenden. Die Frage lautet vielmehr: In welchem politischen Umfeld geschieht das?

Und da sieht das Bild anders aus. Der Nationale Sicherheitsrat der Bundesregierung beschäftigte sich am 14. September erneut mit militärischer und ziviler Verteidigung und beschloss weitere Maßnahmen gegen Spionage und Sabotage sowie zum Schutz kritischer Infrastruktur. Als Ausgangspunkt nennt die Bundesregierung den mutmaßlich von Russland gesteuerten Drohnenanschlag am Flughafen Leipzig/Halle. (2) Was für eine Farce! Eine schwache Indizienkette wird der Bevölkerung als Beweis für eine russische Aggression verkauft.

Verteidigungsminister Boris Pistorius bezeichnete wiederum einen russischen Drohnenangriff auf einen Zug nahe der polnisch-ukrainischen Grenze als „kalkulierte Eskalation“ Putins. (3) Insbesondere die Achse der Kriegswilligen – Großbritannien,

Frankreich und Deutschland — eskaliert, nicht Russland, Herr Pistorius!

Am 14. September schoss ein italienischer NATO-Kampffjet über Litauen eine Drohne ab, die aus Belarus in den litauischen Luftraum eingedrungen war und nach Angaben der litauischen Behörden Sprengstoff trug. Sie wurde als mutmaßlich russische Geran-2-Drohne identifiziert. Eine abschließende Klärung der Herkunft und der Umstände ist damit jedoch nicht automatisch gegeben. (4)

Jeder dieser Vorfälle ist vorerst einmal ernst zu nehmen. Aber noch ernster sollte die Frage genommen werden, welche politischen Konsequenzen daraus gezogen werden. Fast reflexartig lautet die Antwort: mehr Abschreckung, mehr Waffen, mehr Sanktionen, mehr Militär.

Am 15. September erklärte Bundeskanzler Friedrich Merz sogar, Russland führe Krieg gegen „die Ukraine und den Westen“. Einen Tag später fragte ein Journalist in der Bundespressekonferenz folgerichtig, ob Deutschland sich damit im Kriegszustand mit Russland befinde. Regierungssprecher Stefan Kornelius antwortete ausweichend. Merz' Aussage sei eine „Analyse der russischen Position“. (5)

Moment mal. Ein deutscher Bundeskanzler erklärt öffentlich, Russland führe Krieg gegen den Westen — und auf die Frage, ob Deutschland damit im Krieg mit Russland sei, möchte die Bundesregierung diese Konsequenz dann doch nicht ziehen?

Worte haben Folgen. Gerade die Worte eines Bundeskanzlers.

Man sollte sich an dieser Stelle auch fragen, warum Friedrich Merz den außenpolitischen Konflikt derart zuspitzt. Innenpolitisch steht seine Regierung mit dem Rücken zur Wand. Gerade einmal 13 Prozent der Befragten waren im September 2026 mit der Arbeit von

Friedrich Merz zufrieden, 83 Prozent unzufrieden — der niedrigste jemals im ARD-DeutschlandTrend gemessene Zufriedenheitswert eines amtierenden Bundeskanzlers. Auch Vizekanzler Lars Klingbeil kommt lediglich auf 22 Prozent Zustimmung. (6)

Aus meiner Sicht drängt sich deshalb ein begründeter Verdacht auf: Je größer die innenpolitischen Probleme werden, desto stärker richtet sich der Blick zur Ablenkung nach außen. In der Politikwissenschaft ist ein verwandter Mechanismus als „Rally 'round the flag effect“ bekannt: Äußere Bedrohungen und internationale Krisen können dazu führen, dass sich die Bevölkerung zumindest vorübergehend stärker hinter der politischen Führung versammelt. Russland eignet sich dafür hervorragend als Bedrohungsszenario. Wer über Putin, Drohnen, Abschreckung und Kriegstüchtigkeit redet, muss für einen Moment weniger über wirtschaftliche Probleme, marode Infrastruktur, hohe Energiepreise oder die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung reden.

Ich halte dieses Spiel für brandgefährlich. Deutschland bezahlt diese Politik heute mit Milliarden. Im schlimmsten Fall könnte es sie morgen mit Menschenleben bezahlen. Wer die Konfrontation rhetorisch immer weiter verschärft, trägt deshalb eine gewaltige politische Verantwortung. Und ich mache insbesondere Sie, Herr Merz, Sie, Herr Macron, Sie, Herr Burnham und Sie, Frau von der Leyen persönlich dafür verantwortlich!

Merz behauptet, Russland führe Krieg gegen den Westen. Ich sehe die Entwicklung anders: Europa befindet sich zumindest rhetorisch längst auf einem Konfrontationskurs gegenüber Russland. Immer mehr Waffen, immer mehr Abschreckung, immer mehr Sanktionen, immer mehr Kriegsvorbereitung — und keine Diplomatie. Das ist für mich keine verantwortungsvolle Friedenspolitik. Es ist ein Spiel mit dem Feuer.

Milliarden für Raketen — aber wer investiert in Diplomatie?

Auch Brüssel kennt derzeit nur eine Richtung. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte am 17. September weitere 3,3 Milliarden Euro für die Ukraine an — ausdrücklich zur Beschaffung von Raketen und Drohnen. (7)

Bereits einen Tag zuvor hatte von der Leyen vor dem Europäischen Parlament noch weiter ausgeholt. Sie schlug einen eigenen europäischen Sicherheitsmechanismus analog zu Artikel 4 des NATO-Vertrags vor. Dieser soll bereits unterhalb der Schwelle eines bewaffneten Angriffs greifen — etwa bei Drohnenvorfällen, Sabotage oder Cyberangriffen. Sieht sich ein EU-Mitgliedstaat bedroht und löst den Mechanismus aus, sollen alle Mitgliedstaaten zusammenkommen, um eine gemeinsame europäische Reaktion zu koordinieren und abzuschrecken. Darüber hinaus brachte von der Leyen erneut die Schaffung eines Europäischen Sicherheitsrats ins Spiel. (8)

Und damit nicht genug. Gemeinsam mit der Ukraine soll Europa ein eigenes modulares Raketenabwehrsystem entwickeln. Der Name des Projekts: „Freya“. Freya beziehungsweise Freyja ist ausgerechnet eine Göttin der nordisch-germanischen Mythologie, die neben Liebe und Fruchtbarkeit auch mit Krieg und gefallenen Kriegen verbunden wird. Man muss Symbolik nicht überbewerten. Aber auf einen solchen Namen für ein europäisches Raketenabwehrprojekt muss man auch erst einmal kommen. Von der Leyen bezeichnete Freya zudem ausdrücklich nur als Anfang: „But Freya is only the beginning. More is needed.“ — Freya sei nur der Anfang, mehr sei nötig. (9)

Nötig, Frau von der Leyen, ist insbesondere, dass Sie endlich Ihren Platz räumen. Bellizisten wie Sie haben aus meiner Sicht an der

Spitze einer Europäischen Union nichts zu suchen, die einst aus der Erfahrung zweier verheerender Weltkriege heraus auch als Friedensprojekt entstand. 2012 erhielt die EU sogar den Friedensnobelpreis – ausdrücklich für ihren jahrzehntelangen Beitrag zu Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa.

Was ist davon geblieben? „Nie wieder Krieg“ war eine der Lehren aus der europäischen Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Heute wird unter Ihrer Führung über Raketen, Drohnen, Aufrüstung, Abschreckung und neue militärische Strukturen gesprochen, als müsse Europa seine Zukunft vor allem militärisch organisieren.

Ich halte diesen Kurs für einen Verrat an der europäischen Friedensidee und an den Europäern, die in Frieden leben wollen.

Europa braucht keine Politiker, die immer neue Bedrohungsszenarien beschwören und die Militarisierung des Kontinents vorantreiben. Europa braucht Politiker, die alles daransetzen, einen großen Krieg zu verhindern. Frau von der Leyen, Sie stehen für mich inzwischen wie kaum eine andere politische Figur für den entgegengesetzten Weg. Gehen Sie endlich, tun Sie der Menschheit diesen Gefallen! Sie sind ethisch nicht tragbar!

Ich frage mich bei solchen Meldungen inzwischen immer häufiger: Wo ist eigentlich das europäische Milliardenprogramm für Diplomatie? Wo sind die Sondergipfel für Verhandlungen? Wo sind die europäischen Unterhändler, die permanent zwischen Moskau und Kiew pendeln? Wo ist der politische Ehrgeiz, diesen Krieg endlich zu beenden? Ich denke, er soll aus europäischer Sicht nicht beendet werden – ganz im Gegenteil!

Selbstverständlich behaupten die europäischen Regierungen, ihre militärische Unterstützung diene letztlich dem Frieden. Ihre

Argumentation lautet: Nur eine starke Ukraine könne Russland an den Verhandlungstisch zwingen, und nur glaubwürdige Abschreckung verhindere weitere russische Angriffe.

Das ist eine Position. Meine ist eine diametral andere. Wer einen Krieg beenden möchte, muss irgendwann mit dem hochstilisierten „Gegner“ reden. Nicht mit seinen Freunden. Mit seinem Gegner. Aber der wird nur dämonisiert. Der Dämon in diesem bereits im April 2022 in Istanbul beendbaren Konflikt sitzt meines Erachtens in Europa. Der Westen war nicht bereit, den Konflikt zu beenden, nicht Russland! Kriegstreiber sind in meinen Augen von Dämonen besetzt. Kein normaler Mensch möchte Krieg oder nimmt ihn billigend in Kauf.

Deutschland setzt weiterhin auf weitere militärische Unterstützung. Merz versicherte Selenskyj Anfang September die „entschlossene Fortsetzung der zivilen und militärischen Unterstützung Deutschlands“. (10)

Gehen Sie endlich, Herr Merz! Sie haben innenpolitisch sowie außenpolitisch total versagt. Und da wundern Sie sich, dass die Wähler immer mehr zur AfD abdriften? Das sind keine Protestwähler mehr, die meisten von ihnen wählen die AfD aus Notwehr!

Pistorius ging wenige Tage später noch einen Schritt weiter. Deutschland und die USA vereinbarten am 15. September eine engere Verzahnung ihrer Rüstungsindustrien. Gemeinsame Entwicklung und Produktion moderner Waffensysteme, Komponenten und Munition sollen ausgebaut werden. Deutschland plant außerdem den Erwerb amerikanischer Tomahawk-Marschflugkörper. (11)

Das muss man sich vor Augen führen. Die politische Sprache wird militärischer. Krankenhäuser planen für Kriegsverwundete.

Rüstungsproduktion wird hochgefahren. Militärische Infrastruktur wird ausgebaut. Milliarden fließen in Raketen und Drohnen. Und gleichzeitig soll der Bürger glauben, all dies sei lediglich Friedenspolitik. Frieden durch immer mehr Waffen? Das mag glauben, wer möchte. Ich nicht.

Das Märchen von Russlands Angriff auf Europa

Die zentrale Begründung für diese Entwicklung lautet: Russland bedroht Europa. Aber stimmt diese Darstellung? Dass Russland im Februar 2022 mit großen Streitkräften in die Ukraine einmarschierte, ist eine Tatsache. Ich halte es jedoch für falsch, die Geschichte dieses Konflikts am 24. Februar 2022 beginnen zu lassen und alles davor auszublenden. Selbst der damalige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg stellte im Februar 2023 unmissverständlich fest: „Der Krieg begann nicht im Februar letzten Jahres. Der Krieg begann 2014.“ (12)

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die NATO weit nach Osten gewachsen. Polen, Tschechien und Ungarn traten 1999 bei. 2004 folgten unter anderem Estland, Lettland und Litauen. Weitere Staaten kamen hinzu. Die NATO zählt inzwischen 32 Mitglieder. Beim Bukarester Gipfel 2008 erklärte sie zudem, dass auch Georgien und die Ukraine (!) künftig Mitglieder werden sollten. (13)

Die NATO argumentiert, ihre Erweiterung bedrohe niemanden und jedes souveräne Land dürfe selbst über seine Bündnisse entscheiden. An dieser Stelle darf gelacht werden. Russland wiederum betrachtet die militärische Annäherung der NATO an seine Grenzen seit Jahrzehnten völlig zurecht als Bedrohung seiner Sicherheitsinteressen. Stellen Sie sich vor, Kanada oder Mexiko würden Raketen in Richtung USA aufstellen. Was glauben Sie, wie

die USA reagieren würden?

Aus meiner Sicht wurde Russland über Jahrzehnte sicherheitspolitisch immer weiter in die Enge getrieben. Die Vorstellung, der Westen habe mit dieser Entwicklung überhaupt nichts zu tun und Moskau sei eines Morgens einfach mit imperialen Eroberungsfantasien aufgewacht, halte ich für eine groteske Verkürzung – auf bayrisch gesagt: für einen rechten Schmarrn verantwortungsloser Kriegstreiber!

Und noch etwas passt nicht in das gegenwärtige Bedrohungsbild. Putin hat mehrfach ausdrücklich erklärt, Russland wolle NATO-Staaten nicht angreifen. Bereits im März 2024 bezeichnete er entsprechende Befürchtungen bezüglich Polens, der baltischen Staaten oder Tschechiens als „Unsinn“. Russland habe keine entsprechenden Pläne. (14)

Im November 2025 sagte Putin erneut: „Wir haben nie geplant“, Europa anzugreifen. Russland sei sogar bereit, eine entsprechende Erklärung schriftlich festzuhalten und über eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung zu sprechen. (15)

Natürlich kann man Putin misstrauen. Natürlich kann man sagen: Worte sind keine Garantie. Aber dann sollte wenigstens die Frage erlaubt sein, weshalb solche Aussagen in der europäischen Debatte kaum eine Rolle spielen, während jedes Bedrohungsszenario bereitwillig aufgegriffen wird.

Ich sehe Russland nicht als ein Land, das morgen in Berlin, Paris oder Brüssel einmarschieren möchte. Ich sehe einen seit Jahrzehnten eskalierenden Sicherheitskonflikt zwischen Russland und dem Westen, zu dessen Vorgeschichte auch die NATO-Osterweiterung gehört. Daraus folgt für mich eben nicht, noch mehr Militär an Russlands Grenzen zu stellen. Es folgt daraus, endlich wieder über eine europäische Sicherheitsarchitektur zu

reden, in der nicht nur die Sicherheitsinteressen der NATO-Staaten, sondern auch diejenigen Russlands berücksichtigt werden.

Und noch etwas: Nicht wer den ersten Schritt macht, ist der wahre Aggressor, sondern der, der zu diesem Schritt zwingt. Und das ist für mich zweifelsfrei die NATO. Hinzu kommt eine westliche Hybris gegenüber Russland, die mich seit Jahren befremdet: der Eindruck, mit Moskau müsse nicht auf Augenhöhe gesprochen werden, russische Sicherheitsinteressen seien weniger wert als die eigenen und Verhandlungen geradezu ein Zeichen von Schwäche. Was ist das für eine Arroganz? Frieden beginnt damit, auch den Gegner als gleichwertiges Gegenüber anzuerkennen.

Haben die Deutschen ihre eigene Geschichte vergessen?

Gerade Deutschland sollte in dieser Frage vorsichtiger auftreten. Am 22. Juni 1941 überfiel das nationalsozialistische Deutschland die Sowjetunion. Mehr als drei Millionen deutsche Soldaten überschritten im Rahmen des Unternehmens Barbarossa die sowjetische Grenze. Es begann ein Vernichtungskrieg von kaum vorstellbarer Brutalität. Rund 27 Millionen sowjetische Bürger verloren im Zweiten Weltkrieg ihr Leben, darunter etwa 14 Millionen Zivilisten. (16)

27 Millionen. Diese Zahl sollte jeder deutsche Politiker kennen, bevor er leichtfertig über Krieg mit Russland redet. Nicht Russland marschierte 1941 Richtung Deutschland. Deutschland marschierte Richtung Russland und in andere Teile der Sowjetunion.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass heutige russische Politik wegen der Geschichte von Kritik ausgenommen werden müsste. Geschichte erteilt niemandem einen Freibrief. Sie sollte aber Demut

erzeugen.

Wenn deutsche Politiker heute wieder darüber sprechen, Deutschland müsse kriegstüchtig werden, wenn deutsche Soldaten dauerhaft an der NATO-Ostflanke in Litauen stationiert werden und wenn ein deutscher Bundeskanzler erklärt, Russland führe Krieg gegen den Westen, dann sollte zumindest einen Moment lang die historische Dimension dieser Worte bedacht werden.

Mir fehlt diese Sensibilität. Vielleicht wären etwas weniger martialische Rhetorik und etwas mehr Diplomatie gerade aus deutscher Verantwortung heraus angebracht, oder Herr Merz?

Vom Autoland zum Rüstungsstandort

Parallel zur politischen Militarisierung findet eine wirtschaftliche Verschiebung statt, die meines Erachtens viel zu wenig diskutiert wird.

Deutschlands traditionelle Industrie steckt in Schwierigkeiten. Die Automobilindustrie kämpft mit Absatzproblemen, hohen Kosten und wachsender Konkurrenz aus China. Bosch will in seiner Autosparte bis Ende des Jahrzehnts Tausende Arbeitsplätze abbauen. Volkswagen befindet sich in einem tiefgreifenden Umbau. Auch der deutsche Maschinenbau dürfte 2026 das vierte Jahr in Folge schrumpfen. (17)

Währenddessen boomt ein anderer Bereich: Rüstung. Wie symbolträchtig diese Entwicklung inzwischen ist, zeigt ausgerechnet „Volks“wagen. Für das VW-Werk Osnabrück wurde Anfang September eine vorläufige Vereinbarung bekannt gegeben, nach der der Standort künftig für Rüstungsproduktion genutzt werden soll. Unter anderem könnten dort Komponenten für

Luftverteidigungssysteme entstehen. Rund 1.400 der derzeit etwa 1.800 Arbeitsplätze könnten dadurch erhalten bleiben. (18)

Ein ehemaliges Autowerk wird zum Rüstungsstandort. Man kann sagen: Wunderbar, Arbeitsplätze gerettet. Ich stelle eine andere Frage:

Wovon wollen Deutsche künftig leben?

Deutschland war einmal stolz auf Autos, Maschinen, Chemieprodukte, Anlagenbau, Medizintechnik und zahlreiche andere zivile Spitzenerzeugnisse. Soll die Lösung für die industrielle Krise nun darin bestehen, mehr Panzer, Drohnen, Raketen, Munition und militärische Systeme herzustellen?

US-Verteidigungsminister Pete Hegseth formulierte Mitte September ziemlich unverblümt, worum es geht: Deutschlands industrielle Kapazitäten sollen stärker für die NATO-Verteidigung genutzt werden. Pistorius und Hegseth unterzeichneten dazu eine entsprechende Vereinbarung. (19)

Damit entsteht ein wirtschaftlicher Mechanismus. Rüstungsunternehmen benötigen Aufträge. Aufträge entstehen durch Aufrüstung. Aufrüstung wird politisch leichter durchsetzbar, wenn Bedrohungen groß erscheinen. Und dauerhafte geopolitische Spannungen sichern dauerhafte Nachfrage.

Aber was bedeutet das eigentlich zu Ende gedacht? Sollen Deutsche künftig darauf hoffen, dass es auf dieser Welt genügend Spannungen, Feindbilder und Kriege gibt, damit die Auftragsbücher der Rüstungsindustrie gefüllt und Arbeitsplätze gesichert bleiben?

Soll wirtschaftlicher Wohlstand davon abhängen, dass anderswo

Menschen Angst voreinander haben, aufeinander schießen und sterben?

Allein dass solche Fragen gestellt werden müssen, sollte aufrütteln. Was wäre das für eine Vorstellung von Fortschritt, wenn zivile Industriearbeitsplätze verschwinden und ihr Ersatz zunehmend dort entsteht, wo Waffen, Munition und Raketen produziert werden? Ist es ethisch vertretbar, eine Wirtschaftsstruktur aufzubauen, deren Wachstum von einer Welt profitiert, die unsicherer, gespalten und gefährlicher wird?

Für mich wäre das kein Fortschritt. Es wäre ein zivilisatorischer Rückschritt.

Schande über die Kriegstreiber dieser Welt!

Das bedeutet nicht automatisch, dass ein Rüstungskonzern Kriege anzettelt. Eine solche Behauptung wäre unseriös. Aber die Interessenlage muss benannt werden.

Ein Unternehmen, das Autos produziert, profitiert davon, wenn Menschen Autos kaufen. Ein Unternehmen, das Waschmaschinen produziert, profitiert davon, wenn Menschen Waschmaschinen kaufen. Und wovon profitiert ein Unternehmen, das Raketen, Panzer und Munition produziert?

Die Antwort kann sich jeder selbst geben.

Eine Verteidigungsindustrie wird benötigt. Kein vernünftiger Mensch kann verlangen, dass ein Staat vollkommen wehrlos ist. Aber zwischen Verteidigungsfähigkeit und einer immer stärkeren wirtschaftlichen Abhängigkeit von Rüstung liegt ein gewaltiger Unterschied.

Die Vereinigten Staaten haben vorgemacht, wie mächtig ein

militärisch-industrieller Komplex werden kann. Schon US-Präsident Dwight D. Eisenhower warnte 1961 in seiner Abschiedsrede vor dessen wachsendem Einfluss. Will Europa diesen Weg tatsächlich kopieren?

Wer bereitet Europa auf den Frieden vor?

Ich höre schon den oft verwendeten Einwand Kriegstüchtiger wie Roderich Kiesewetter und Konsorten: Naiv! Mit Putin könne man nicht reden. Russland verstehe nur Stärke. Vielleicht ist es aber noch naiver zu glauben, ein Krieg zwischen Atommächten ließe sich immer weiter eskalieren und gleichzeitig jederzeit kontrollieren. Irgendwann genügt eine Fehlinterpretation, eine Drohne, eine Rakete, ein technischer Defekt, eine falsche Zuordnung, ein überforderter Kommandeur. Und plötzlich geschieht etwas, das niemand mehr aufhalten kann.

Mir macht die gegenwärtige Entwicklung große Sorgen. Nicht weil Europa sich verteidigen möchte. Das soll es. Aber es gibt momentan nicht den geringsten Anlass, das zu müssen. Noch nicht! Der Besonnenheit Russlands haben wir es zu verdanken, dass es noch keinen übergreifenden Konflikt gegeben hat, und nicht dem Geschwätz undiplomatischer, verantwortungsloser und unfähiger europäischer Kriegstreiber.

Die Verhältnisse und die Sprache haben sich verschoben. Über Waffen wird konkret gesprochen. Über Diplomatie abstrakt. Für Rüstung stehen Milliarden bereit. Friedensinitiativen bleiben überschaubar.

Krankenhäuser rechnen mit 1.000 Verwundeten täglich. Fabriken werden auf militärische Produktion umgestellt. Raketen und

Drohnen werden bestellt. Soldaten werden an die Ostflanke verlegt. Und der Bundeskanzler erklärt, Russland führe Krieg gegen den Westen.

Vielleicht sollte Europa endlich eine andere Frage stellen.

Nicht: Wie wird Europa kriegstüchtiger?

Sondern: Wie verhindert Europa, dass dieser Krieg jemals stattfindet?

Deutschland und Russland verbindet eine Geschichte, die eigentlich jeden deutschen Politiker zur Vorsicht verpflichten müsste. Rund 27 Millionen sowjetische Tote sollten keine historische Fußnote sein.

Europa braucht Verteidigungsfähigkeit. Aber Europa braucht noch dringender Politiker, die den Mut besitzen, mit ihren Gegnern zu reden. Denn am Ende bleibt eine einfache Frage:

Wenn Deutschland inzwischen seine Krankenhäuser darauf vorbereitet, täglich bis zu 1.000 verwundete Soldaten zu versorgen – wer bereitet Deutschland eigentlich mit derselben Entschlossenheit auf den Frieden vor?



Uwe Froschauer hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaft studiert und abgeschlossen. Sein besonderes Interesse galt der Wirtschaftspsychologie. Er arbeitete als Unternehmensberater, gibt Seminare bei

Berufsbildungsträgern, ist Autor mehrerer Bücher und betreibt den Blog **wassersaenge.com** (<https://wassersaenge.com/>). Seine Leidenschaft für weltweite Reisen machte ihn sensibel für Kulturen und Probleme anderer Völker. Er ist naturverbunden und liebt Tiere und Pflanzen.